

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Febr. Von dem neueröffneten Gold-
 wäscher sind nun einige Perionen geworden worden,
 welche aus dem Schutzbetriebe in Schwelgeria thätig sein
 sollen. Zunächst ist ein Herr Franzen, der früher im
 Dienste des Herrn Ueblich stand und auf dem Gebiete von
 Anger Regens thätig war, als Geschäftsführer mit dem Eize
 in Walschbach angenommen worden; dann wird sich nächstens
 der Herr Jochen Mandel aus Altenbodum nach
 Schwelgeria begeben, um im Auftrage des Syndikus nach dem
 Schwelgeria zu gehen. Daran ist ersichtlich, daß die Ver-
 handlungen mit dem Schwelgeria nicht zum Ziele geführt
 haben, sondern tritt daraus hervor, daß man hauptsächlich
 aus Mangel an Mitteln, zu einem Vertrage mit einem er-
 formten Bergingenieur nicht gekommen ist, und nur
 einen praktischen Bergmann angenommen hat, der an-
 scheinend allein das Gebiet abhaken soll. Außerdem müssen
 aber von neuem schwere Wagen und die dazu gehörigen
 Rollen angekauft werden, um den Verkehr zwischen der
 Goldschmelze und dem Hinterlande zu ermöglichen. Die
 Kolonialgesellschaft für Schwelgeria hatte demnach
 ihre guten und heilsamen Fortschritte nicht durch einen
 niedrigen Preise an die Handelsgesellschaft, Schwelgeria-
 Compagnie überlassen, um selbst jeder Thätigkeit dort ent-
 behren zu sein. Schon aus dieser äußerlichen Angaben und
 Andeutungen ist zu erkennen, daß das Goldschmelze mit
 seinem geringen Kapitale — es sollen nur 300,000 M. an-
 gebracht sein — nicht viel wird ausrichten können. Wenn
 nicht andere Wege eingeschlagen werden, so ist nichts davon
 zu erhoffen. Eine andere Frage ist die über den Entwurf
 einer Kaiserl. Verordnung zur Regelung des Abbaues
 der Gold- und Diamantlager, wie verlangt, ist jetzt ein
 neuer begünstigter Entwurf bereits fertiggestellt. Doch wird es
 aus verschiedenen Gründen als unthunlich betrachtet, daß
 diese Verordnung vollständig noch nicht veröffentlicht werden
 und damit in Wirksamkeit trete. Zunächst müßte hier erst
 noch eine Klärung der Verhältnisse eintreten. Dann aber
 würde die Verordnung in ihrer jetzigen Gestalt
 mancherlei Schwierigkeiten hervorrufen. Unter dem Gesichts-
 punkte, daß nach den unvollständigen Goldminen und
 thätige Minengesellschaft bilden werde, wurde dahin gewirkt,
 ihr das ausschließliche Abbaurecht zu gewähren, damit alle
 nützlichen Elemente von jenem Gebiete ferngehalten würden.
 Namentlich scheint die aufgeschlossene Goldverordnung zu bestimmen,
 daß das ausschließliche Abbaurecht der Kolonialgesellschaft zu-
 fällt und diese will das Goldschmelze überweisen.
 Das wäre gleichbedeutend mit einer Summierung jeder frucht-
 bringenden Thätigkeit dort. Dann aber würde durch die Be-
 stimmungen des Entwurfes dem Goldschmelze alles bisher
 dort Erworbenes an Goldmetall zufallen. Es haben aber, wie
 bereits mitgeteilt, eine Anzahl von Perionen Goldmine ge-
 macht und sich gegen ihres Antheils an dem Reichsminister
 gewendet. Sie konnten damals keinen bestimmten Scheidung
 erhalten, da alle dahin gehörigen Fragen erst in Berlin zu ent-
 scheiden waren. Auf englischen Gebiete erhalten die Entdecker
 von Goldminen nur einen Antheil an den gemachten
 Gewinnen, sondern auch eine Prämie. Es ist nun nicht recht
 denkbar, wie man den Entdecker der Goldminen auf dem
 Gebiete jede Belohnung vorenthalten und nicht nur das ge-
 fundene Gold, sondern auch zugleich die Goldreize dem Gold-
 schmelze überweisen kann.

Berlin, 25. Febr. Die Reichstags-Kommission für
 das Eingetragte ist heute in die zweite Session eingetreten,
 ohne dabei bereits zu Beschlüssen zu kommen. Die Debatte über
 sich im wesentlichen um die einander gegenüberstehenden Anträge
 Graf Walldorf und Kade. Der erstere nimmt prinzipiell den
 Namen „Wein“ nur für Traubenobst alle jeden Zusatz in An-
 sehung gefastet aber das „Verfahren“ unter der Bedingung des
 Deklarationszwanges, der andere läßt die Bezeichnung „Wein“
 auch bei einem Zusatz von Zucker und Wasser zu, was
 jedoch und verbietet im Falle des Zuzuges nur die Bezeichnung
 „reiner Wein“, „Naturwein“ u. dergl. Die Regierungs-
 vertreter machen Bedenken nach beiden Seiten geltend. An ein
 Zustandekommen des Gesetzes in der gegenwärtigen Session ist
 nicht zu denken.

Deutscher Reichstag.

4. Session. 7. Legislaturperiode.

25. Sitzung vom 24. Februar.
 Präsident v. Bebel: Presbost eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.
 Eingegangen ist ein Beschlusseckel die Widmung nicht mehr
 bestehender Firmen in Bundesverzeichnisse.
 Das Haus tritt zunächst in die erste und zweite Beratung des
 vom Abg. Goldschmidt eingebrachten Gesetzesentwurfes
 betr. die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr
 mit Bier- und gewöhnlichen Gegenständen vom
 25. Juni 1887 in Verbindung mit dem Verdicke über die dazu
 eingegangenen Petitionen.
 Abg. Goldschmidt beantragt, daß die Bestimmungen des
 erwähnten Gesetzes auf das Seehausen und Verkauften von Kon-
 serven erst vom 1. Oct. 1889 an Anwendung finden.
 Staatssekretär v. Voettker: Die Prüfung der zu Frage
 hat ergeben, daß die Einmündigung des Termins um 1 Jahr
 der Billigkeit entspricht. Der Bundesrath hat sich dafür
 erklärt.
 Abg. D. Meyer-Sena bemerkt, daß eine Anzahl von Hand-
 lernern wie Singscher u. i. w. sich in derselben Lage wie die
 Konservenhandler befinden, es sei daher billig, den Verkauf der
 vorhandenen Verdicke gleichfalls bis zum 1. Oct. 1889 zu ge-
 statten.
 Abg. Goldschmidt erklärt sich gegen diesen Antrag, da es
 nicht möglich, seine Berechtigung sofort zu prüfen.
 Staatssekretär v. Voettker: Ich gleichfalls gegen diesen An-
 trag. Im Falle der Konservenhandler ist das Bedürfnis nicht
 erachtet, nicht aber in dem von Abg. D. Meyer zur Sprache
 gebrachten. Wäre auch hier ein großes Interesse vorhanden
 gewesen, so würden die Bestimmungen gewiß auch hinsichtlich
 Konserven haben. Andreitschke hat nun in der Zwischenzeit noch
 eine große Menge handelsüblicher Waaren angefertigt und
 diese nun nicht noch abzugeben. Dies Unterliegen dürfte man
 nicht unterlassen.
 Abg. D. Meyer-Sena beantwortet nochmals seinen Antrag:
 anstelle der Worte: „auf den Verkauf von Verdicke von Kon-
 serven“ zu setzen: „über das Seehausen und Verkauften der in
 § 3 bezeichneten Gegenstände.“
 Der Antrag Meyer wird abgelehnt, der Beschlusseckel des
 Abg. Goldschmidt angenommen.
 Es folgt die zweite Beratung des Vogelgeschub-
 Gesetzes.
 Hierzu haben die Abg. Baumbach und Gen. eine Reihe von
 Änderungsanträgen gestellt.

Der Änderungsantrag zu § 1, welcher lediglich redaktioneller
 Natur ist, wird angenommen.
 Zu § 2 beantragt der Abg. Baumbach und Gen. das Verbot
 einschneidender auf: jede Art des Fangens (im Entwurf: des
 Fangens und der Erlegung) von Vögeln.
 Abg. D. Meyer-Sena beantwortet die Annahme der Regie-
 rungsvorlage.
 Abg. D. Vermees scheidet in dem Verbot des Erlegens eine
 Härte, wenn
 Abg. D. Meyer-Sena erklärt, daß die Härte in dem Erlegen kleiner
 Vögel mit der Vogelfalle liegt.
 Nachdem Staatssekretär v. Voettker für den Fall der An-
 nahme des Antrages Baumbach die Zustimmung des Bundesraths
 in Aussicht gestellt, wird § 2 des Gesetzes mit dem Antrag
 Baumbach angenommen.
 § 3 und 4 werden ohne Debatte angenommen.
 § 5 erhält nach dem Antrage der Abg. Baumbach und Gen.
 nach kurzer Diskussion folgende Gestalt:
 Vögel, welche dem jagdbaren Feder- und Haarviele und
 dessen Brut und Jungen, sowie Früchte und deren Brut nach-
 suchen, dürfen nicht erlegt werden. Die nachstehenden Bestim-
 mungen über Jagd und Verbot von Jagd- oder Fuchsjagd-
 berechtigten und deren Beauftragten gelten.
 Wenn Vögel in Wäldern, Gärten, besetzten Feldern,
 Baumplantagen, Gärten und Schutten Schaden an-
 richten, können die von den Landesregierungen bezeichneten
 Behörden, den Jagdberechtigten und Jagdverwaltern, der
 Grundbesitzer und der Beauftragten der Jagd- oder Fuchsjagd-
 beamteten Jagd- und Fuchsjagd, fürschütze (u. i. w.), soweit
 dies zur Abwendung dieses Schadens notwendig ist, das
 Töten solcher Vögel innerhalb der betroffenen Dörferlichkeiten
 auch während der in § 3 Absatz 1 bezeichneten Zeit gestatten.
 Das Festhalten der Vögel darf aufgrund solcher Erlaubnisse
 erboten Vögel nicht unzulässig.
 Erlaubnisse können die in Absatz 2 bezeichneten Behörden einzelne
 Ausnahmen von den Bestimmungen in § 1 bis 3 dieses Gesetzes
 zu öffentlichen oder Lehrgängen, sowie zum Fang von
 Entenbögeln für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Dörfer-
 licheit bewilligen.
 Der Bundesrath kann bestimmen die näheren Voraussetzungen, unter
 welchen die in Absatz 2 und 3 bezeichneten Ausnahmen statthaft
 sein sollen.
 Von der Vorschriften unter § 2 kann der Bundesrath für bestimmte
 Bezirke eine allgemeine Ausnahme gestatten.
 § 6 wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Klemm un-
 ter Zustimmung angenommen.
 Zu § 7 beantragt Abg. Baumbach und Gen. folgenden
 neuen Absatz 2:
 Ist die Verfolgung oder Vernichtung einer bestimmten
 Artion nicht ausführbar, so können die im vorstehenden Absatz
 bezeichneten Maßnahmen selbständig erlassen werden.
 Bei diesem Zusatz wird § 7 nach kurzer Diskussion an-
 genommen.
 Zu § 8, welcher die Ausnahme des Gesetzes statuiert, beantragt
 Abg. D. Meyer-Sena, den Zusatz auf die Wälder aus-
 zudehnen, indem er anführt: Mit der Tendenz des Antrages
 können wir einverstanden sein. Es handelt sich hier aber um den
 Schutz eines ganz anders bedingten Vogelzuges. Wenn nach
 meinen Erfahrungen, die mit denen der Jagdberechtigten
 und Feuer übereinstimmen, geht der Vogelzug ganz be-
 deutend. Und der Vogelzug gehört zu dem Charakteristischen
 der deutschen Landschaft, wie der Giebelbau zum Walde, und der
 hohe Aufbruch zum Garten. Ich möchte, ich könnte einen
 Zusatz in diesen Sinn bringen, der schon bei der Abfassung des
 Bundesgesetzes vorlag. Jeder Jagdberechtigter, der im
 Wandel des Vogelzuges, der schon seit einer Reihe von Jahren
 vorgebildet in den Gärten der Reichstags- und Jagd- und
 weislich, meine Liebe für die Gärten ist gegenüber der Jagd-
 und dem Giebelbau an Wäldern in der Minorität. Aber ein
 Grund und hat haben, er braucht nur jetzt der Giebelbau
 haben zu einer Wälder zu sagen: Una quaglia con polenta; questo
 e tutto mio Italiano. (Heiterkeit.)
 Nach einigen Bemerkungen des Abg. Klemm v. S. h. h. h. h. h.
 Abg. D. Meyer-Sena, nachdem der Geheimrath diese sich
 gegen eine derartige egyptenmäßige Behandlung der Wälder erklärt,
 hat die Beratung einen Antrag zurück.
 Bezüglich des Stammesgesetzes, welcher nach dem Antrag
 Baumbach und Gen. in der Zeit vom 21. Sept. bis 31. Sep-
 tember sein soll, beantragt Abg. D. Meyer-Sena statt 21. Sep-
 tember 1. Okt. unter folgender Begründung: Die Zeit vom
 1. Okt. bis 31. Nov. wie sie sich in Dresden bezieht, ist für
 die Wälder der Reichstags- und Jagd- und weislich, die Wälder
 Dezember ist unerschicklich, dagegen ist die Zeit vom
 21. Sept. bis 1. Okt. nach mancher Vorkriegsregel, so auch
 unter Umständen die Stimmkraft, freiwillig ergriffen und so der
 Härte des Gesetzes entgegen. Prinzipiell ist indessen für Erreichung
 des ganzen Abzuges, womit der faktuelle Werth des ganzen Ge-
 setzes hohe und tolle. Wenn das Deutsche Reich nicht mit guten
 Beweisen vorangeht, welche sich bezogen, die internationale
 Regelung des Vogelzuges nicht zustande kommen. Für den
 Stammesgesetzgebung hat nun zunächst die Müchheit auf den
 Vögel geltend gemacht; die dürfte in solchen Fragen natürlich
 nicht nachgeben. Wenn ferner die kleinen Vögel durch For-
 den des Nebenvertriebes einen Abzug erziehen würden, so könnte
 man aus den Erzeugnissen, welche sich bezogen, die Wälder
 höhererprozent eine Menge sehr schädlicher Vögel, an Fuchsjagd-
 beideten Förster erziehen lassen. Den vielen armen Leuten
 endlich, die gleichfalls einen Nebenvertrieb verlieren würden,
 würde nur ein höherer Dienst mit Verbeibaltung des jetzigen
 Stammesgesetzes vorangeht, welche sich bezogen, die Wälder
 verunreinigten Stammesgesetzgebung würde man überhaupt
 lieber einen Schritt zu weit gehen als zu wenig thun. (Beifall.)
 Geheimrath D. h. erklärt, daß eine Abnahme der Stammes-
 gesetzgebung in den letzten Jahren nicht stattgefunden, ein Grund zum
 Antrag des Abg. D. Meyer nicht vorliegt.
 Abg. D. Vermees scheidet in dem Antrage Meyer einen un-
 berechtigten Eingriff in eine, liegervordere Seite.
 Der Antrag Meyer wird abgelehnt, im übrigen § 8 der For-
 mal mit den Änderungen nach den Anträgen Baumbach an-
 genommen.
 Der Rest des Gesetzes wird ohne Diskussion mit dem vom Abg.
 Klemm beantragten auf den 1. Juli 1888 beantragten Termin
 angenommen.
 Die zum Gesetze beantragte Resolution, „den Bundesrath zu er-
 suchen, möglichst bald aufgrund vorliegender Beschlüsse inter-
 nationale Verträge zum Schutze der nützlichen Vögel abzuschließen
 und hierbei zunächst berücksichtigen zu wollen, daß die jetzigen
 Bestimmungen des Gesetzes genügt werden der Vögel in den ver-
 theilenden Ländern zu werden“ wird vom Abg. Klemm v. S. h. h. h.
 (sonst.) beantwortet, vom Staatssekretär v. Voettker für
 überflüssig erklärt.
 Die Abstimmung über die Resolution wie über die Petitionen
 wird bis zur dritten Beratung verschoben.
 Es folgen Berichte der Beirathskommission.
 Die Kommission über die Verfassung der Verfassung der
 Verfassung auf den Reichstagsmaterial für die Verfassung
 zu überweisen.
 Abg. Strudmann (M.) stellt eine Gefahr in der großen
 Erhaltung von Konventionen zu Wäldern, bei denen die Ver-
 theilung blüht aber nicht gelassen würde. Es wäre auch
 zweckmäßiger, die Thätigkeit der gemeinsamen Gesellschaften in
 dieser Richtung den Kommunen zu übertragen. Ein einheitliches

umfassendes Gesetz zur Regelung aller Verhältnisse, die mit der
 Verfassung zusammenhängen, sei nicht, nicht das Verbot
 Abg. Schöberl (Dir.) hält ein umfangreiches Gesetz auf diesem
 Gebiet für schwierig, weil es in die Lebensgewohnheiten des Ge-
 bietes sehr tief einschneiden würde. Bei uns ist die Thätigkeit
 nicht so allgemein, und deshalb sind bisher für die Verfassung
 bestehen nur die vornehmsten Klassen eingetreten, nicht die von
 diesen letzter jedoch, wie in Amerika und in den Vereinigten
 Staaten. Die Hauptberuflichen seien bis jetzt die Frauen,
 und noch mehrere. Darum würde ein so strenges Gesetz für jetzt
 kaum angezeit sein. In England erfolgte die Konventionen
 erstlich öffentlich, der Geschäftliche habe seine Vite persönlich
 vorzutragen, die interessierten Perionen ihre Gründe dagegen an-
 zuführen, und damit wurde eine Genugthuung erzielt, daß her-
 trennungswürdige Perionen Konventionen nicht erhielten. Ein
 ähnliches Verfahren empfehle sich vielleicht auch für Deutschland.
 Der Antrag der Kommission wird angenommen.
 Es folgt die Petition betr. den Gewerbebetrieb der Schloffer
 bezüglich der Unterbringung von Schloffen und Feilen der Schloffer,
 resp. Abänderung des § 3 des Reichsgesetzes über die Unter-
 bringung von Schloffen und Feilen der Schloffer. Der Gegenstand
 einer späteren öffentlichen Sitzung vorzubehalten.
 Der Antrag wird angenommen.
 Die zur Erweiterung ungezeichneten Petitionen werden durch
 Kenntnisnahme erledigt.
 Am 21. ist die Tagesordnung erschöpft.
 Nächste Sitzung am 27. Febr. (Handelsvertrag mit Span-
 gnen, Reichsgesetz, Petitionen).
 Schluß § 1 Nr. 45 M.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
 25. Sitzung vom 24. Febr., 11 Uhr.
 Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des
 Antrages auf Ermäßigung des Stempel- für Ver-
 kehrsverträge, sowie für Pacht- und Miethsverträge über
 Immobilien.
 Abg. Hansen (M.) praktische Beispiele an, welche darthun
 sollen, daß bei oftmaliger Veränderung der Werth des Ver-
 kehrsgegenstandes durch die häufige Stempelveränderung übermäßig
 herabgedrückt werde. Bei Pacht- und Miethsverträgen stellen sich
 Verhältnisse heraus, wobei dieselbe Steuer für denselben Gegen-
 stand unterschieden wird. So ist z. B. ein Mann einen
 Pachtvertrag auf 18 Jahre, so müßte er die Stempelsteuer für die
 18 Jahre voraus entrichten, werde er nun nach einem Jahre,
 so müßte sein Sohn oder Verwandter den Vertrag erneuern und für
 die übrigen 17 Jahre dieselbe Steuer zahlen. Die Steuer auf
 Immobilien ist in Verhältnis zur Stempelsteuer auf Mobilien
 sehr ungleich. Für diese Ansicht führen sich schon in früheren
 Sessions Mittheilungen des Hauses ausgesprochen und immer ist
 die Majorität des Hauses auf dieser Seite gewesen, auch der
 Reichstag habe eine begünstigende Erklärung abgegeben.
 Abg. v. Erla (sonst.) erklärt sich für Ermäßigung der Pacht-
 und Miethsverträge, er erklärt sich aber gegen eine Verab-
 regung des Stammesgesetzes, welche auch in den übrigen
 Staaten nicht anders so hoch, in vielen Fällen die Ver-
 theilung der Einkünfte wäre um eine sehr beträchtliche, weil er die
 Vertheilung des Grundbesitzes begünstigen würde. Angezogen sei
 eine Erhöhung des Mobilienstempels und eine Erhebung der
 Fiskusministerien. Er hoffe von dem neuen Stempelgesetz eine
 freigelegene Vertheilung der Einkünfte zu erwarten, welche
 seinen Wünschen in vielen Fällen entgegenstehe. Die Er-
 höhung des Verfallsstempels besitze den Zweck auch mit
 einem bedeutenden Ausfall. Er wüßte daher den Antrag
 Hansen entsprechend abzuändern und stelle einen begünstigten
 Antrag.
 Abg. v. Bielew-Saleske (sonst.) erklärt sich namens der Mehr-
 zahl einer politischen Fraktion für den Antrag und spricht die
 Hoffnung aus, daß auch der Finanzminister endlich den be-
 rechtigten Wünschen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Der
 Immobilienstempel habe ursprünglich den objektiven Zuwachs
 treffen sollen, von einem objektiven Zuwachs aber könne bei den
 heutigen Verhältnissen nicht mehr die Rede sein. Dazu komme
 der Mangel an Geld, die zunehmende Hypothekensumme, der
 Landbau, der nicht durch Schaffung neuer Werthe, wie in
 den Städten durch Häusernbauten, ersetzt werde, sondern
 lediglich konsumierbare Art sei. Demgegenüber sei eine Er-
 höhung des Immobilienstempels, besonders des Pachtstempels,
 dringend erwünscht und um so notwendiger, weil die Voraus-
 zahlung dieser Steuern auf eine Reihe von Jahren die An-
 wesenheit von Geld, insbesondere von Staatsgeld, welche eine
 fiskalische Deckung für den durch den Antrag entstehenden Ausfall
 lösen leicht geschaffen werden, entweder durch das Mehr der
 Mobiliensteuer oder durch die Reform der direkten Steuern, durch
 die Einführung der Selbstbesteuerung, die dem Staat „heiden-
 mäßig“ viel Geld einbringen werde.
 Abg. v. Bielew-Saleske (sonst.) erklärt sich auch für den An-
 trag, der auch die Vertheilung der Einkünfte zu fördern;
 die Hoffnung aus, daß auch der Finanzminister endlich den be-
 rechtigten Wünschen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Der
 Immobilienstempel habe ursprünglich den objektiven Zuwachs
 treffen sollen, von einem objektiven Zuwachs aber könne bei den
 heutigen Verhältnissen nicht mehr die Rede sein. Dazu komme
 der Mangel an Geld, die zunehmende Hypothekensumme, der
 Landbau, der nicht durch Schaffung neuer Werthe, wie in
 den Städten durch Häusernbauten, ersetzt werde, sondern
 lediglich konsumierbare Art sei. Demgegenüber sei eine Er-
 höhung des Immobilienstempels, besonders des Pachtstempels,
 dringend erwünscht und um so notwendiger, weil die Voraus-
 zahlung dieser Steuern auf eine Reihe von Jahren die An-
 wesenheit von Geld, insbesondere von Staatsgeld, welche eine
 fiskalische Deckung für den durch den Antrag entstehenden Ausfall
 lösen leicht geschaffen werden, entweder durch das Mehr der
 Mobiliensteuer oder durch die Reform der direkten Steuern, durch
 die Einführung der Selbstbesteuerung, die dem Staat „heiden-
 mäßig“ viel Geld einbringen werde.
 Abg. v. Bielew-Saleske (sonst.) erklärt sich auch für den An-
 trag, der auch die Vertheilung der Einkünfte zu fördern;
 die Hoffnung aus, daß auch der Finanzminister endlich den be-
 rechtigten Wünschen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Der
 Immobilienstempel habe ursprünglich den objektiven Zuwachs
 treffen sollen, von einem objektiven Zuwachs aber könne bei den
 heutigen Verhältnissen nicht mehr die Rede sein. Dazu komme
 der Mangel an Geld, die zunehmende Hypothekensumme, der
 Landbau, der nicht durch Schaffung neuer Werthe, wie in
 den Städten durch Häusernbauten, ersetzt werde, sondern
 lediglich konsumierbare Art sei. Demgegenüber sei eine Er-
 höhung des Immobilienstempels, besonders des Pachtstempels,
 dringend erwünscht und um so notwendiger, weil die Voraus-
 zahlung dieser Steuern auf eine Reihe von Jahren die An-
 wesenheit von Geld, insbesondere von Staatsgeld, welche eine
 fiskalische Deckung für den durch den Antrag entstehenden Ausfall
 lösen leicht geschaffen werden, entweder durch das Mehr der
 Mobiliensteuer oder durch die Reform der direkten Steuern, durch
 die Einführung der Selbstbesteuerung, die dem Staat „heiden-
 mäßig“ viel Geld einbringen werde.

